



Aktenzeichen: 37/BK/TB

Datum:

Hinweis:

Beratungsfolge: Ausschuss für Finanzen, Personal und Sicherheit Stadtrat

Erweiterung der Hauptfeuerwache und Aufstellung von Bürocontainern

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung für die Erweiterung und Aufstockung der Hauptfeuerwache im Nordring 3 (Anlage 1) weiter zu verfolgen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung und die Errichtung von acht Bürocontainern zur Anmietung auf fünf Jahre auf dem Gelände der Hauptfeuerwache im Nordring 3 (Anlage 2) weiter zu verfolgen.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Die aktuelle Hauptfeuerwache wurde 1998 geplant und ab 2000 durch den abschnittswise Abriss der alten Wache erbaut. Diese war auf die damalige Personalstärke mit einem kleinen Puffer an Büroräumlichkeiten und an Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge geplant und erwies sich schnell als zu klein. Damals waren für den Brandschutz rund fünf Kräfte bei der Stadt beschäftigt – zum einen als Gerätewarte, zum anderen als Mitarbeiter in der 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche besetzten Feuerwehreinsatzzentrale.

Der Personalbedarf ist seither auf Grund der erheblich gestiegenen Aufgaben im Bereich Brand- und Katastrophenschutz, wie zum Beispiel der Schwarz-Weiß-Trennung, Fahrzeugtechnik, Wartungs- / Prüfaufgaben, Vorbeugendem Brandschutz, Alarm- und Einsatzplanung, Katastrophenschutz und Verwaltungsaufgaben, deutlich gestiegen.

Die Sicherstellung der gesetzlichen Hilfsfrist erfordert zudem tagsüber in der Zeit von 06:30 Uhr bis 15:00 Uhr eine hauptamtliche Wachbereitschaft, da während dieser Zeit die Einhaltung der Hilfsfrist von den ehrenamtlichen Kräften aufgrund ihrer Berufstätigkeit etc. nicht mit ausreichender Sicherheit gewährleistet werden kann.

Aktuell sieht der Stellenplan einen Personalkörper von 36 Stellen vor, welcher durch die 2020 von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Organisationsuntersuchung festgestellt wurde.

Die derzeitige Hauptfeuerwache verfügt über zu wenig Büroflächen und Arbeitsplätze, damit jede Mitarbeiterin bzw. jeder Mitarbeiter in den einzelnen Sachgebieten angemessen und entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für Büroflächen seinen Aufgaben nachgehen kann. Zur Bewältigung der Raumnot wurden bereits Funktionsräume umgewidmet und mit Arbeitsplätzen ausgestattet. Dies ging zu Lasten aller Einsatzkräfte der Feuerwehr Frankenthal, insbesondere in Bezug auf die Ausbildungsmöglichkeiten.

Einige Werkstätten sind in den Kellerräumen untergebracht, ohne dass ausreichend Tageslicht und auch Luftaustausch stattfinden kann.

Für die gesetzliche Gesunderhaltungspflicht stehen keine Sport- / Fitnessräume zur Verfügung.

Vorzuhaltende Räumlichkeiten, wie z.B. ein Lagezentrum - insbesondere auch als Ausfluss aus der Katastrophe im Ahrtal – für die Technische Einsatzleitung (TEL) inkl. der ergänzenden Funktionsräume für Kommunikation und Besprechungen sind nicht vorhanden. Aktuell wird sich mit dem Umbau des ehemaligen Foyers beholfen, welches jedoch nicht die erforderliche Kapazität für eine TEL im Krisenfall hat.

Für die Kräfte der Einsatzabteilung mussten bereits im gesamten Gebäude verteilt Spinde platziert werden, da die eigentlichen Umkleieräumlichkeiten ausgelastet sind. Gleiches gilt für die Umkleide der Frauen. Die Kapazitäten zur Unterbringung der Jugendfeuerwehr – zusammen mit der Bambinifeuerwehr, der Nachwuchsgarant der Feuerwehr – sind ebenfalls erschöpft. Hier können aktuell grundsätzlich aufgrund Platzmangels keine weiteren Interessenten mehr aufgenommen werden.

Auch die Unterstellmöglichkeiten in den beiden Fahrzeughallen sind derzeit nicht ausreichend. Der damalige Neubau der beiden Hallen war von der Länge der Boxen nicht auf die Unterbringung von zwei Großfahrzeugen hintereinander ausgelegt, da die Fahrzeuge immer größer und länger geworden sind, so dass derzeit immer nur

ein Groß- und ein Kleinfahrzeug hintereinandergestellt werden können. Teilweise müssen Fahrzeuge bereits im Freien untergebracht werden. Die Fahrzeugtechnologie hat sich jedoch weiterentwickelt, da bis auf wenige Ausnahmen, fast alles mittlerweile auf Großfahrzeugen aufgebaut wird.

Die Anzahl der Fahrzeuge wird in den nächsten Jahren durch bereits laufende und dringend erforderliche Ersatzbeschaffungen – bei denen teilweise vorhandene Fahrzeuge aufgrund der Weiterentwicklung der Technik und der Beladung auf zwei Fahrzeuge aufgeteilt werden müssen, weiter steigen. Zudem sind bereits jetzt Fahrzeugzuweisungen durch den Bund im Bereich der CBRN-Gefahren (chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren) und des Katastrophenschutzes angekündigt, welche dann sicherheitstechnisch adäquat untergestellt werden müssen. Diese Fahrzeugzuweisungen können auch nicht abgelehnt werden.

Im Rahmen der Fürsorgepflicht besteht zudem die Pflicht einer strikten Schwarz-Weiß-Trennung für das Personal, aber auch für das Material. Dies kann derzeit nicht, bzw. nur sehr eingeschränkt unter schwierigsten logistischen Bedingungen gewährleistet werden, wobei hier nicht witterungsunabhängig gearbeitet werden kann.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden durch ein Architekturbüro verschiedene Möglichkeiten des Umbaus und der Erweiterung der Hauptfeuerwache beleuchtet und ein Entwurf erarbeitet (Anlage 1). Danach würde die Hauptfeuerwache an verschiedenen Stellen aufgestockt, um die notwendigen Arbeitsplätze und Räumlichkeiten zu schaffen. Zudem würde eine Fahrzeughalle erweitert werden, sodass dann jeweils 2 Fahrzeuge hineingestellt werden können. Seitens des Bereichs Bauen und Planen wurde der aktuelle Entwurf auch als grundsätzlich genehmigungsfähig angesehen.

Die Kosten liegen nach derzeitiger Schätzung des Architekturbüros bei rund 11,5 Millionen Euro.

Diese Planung würde die Hauptfeuerwache im Nordring für die nächsten 30 Jahre ertüchtigen und einen krisensicheren und den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Betrieb für Personal (Hauptamt wie Ehrenamt) und Material ermöglichen.

Eine erste informelle Besprechung mit der ADD in Trier hat bereits stattgefunden, in der durch diese eine erste grundsätzliche Genehmigungs- und Zuschussfähigkeit mündlich in Aussicht gestellt wurde.

Es ist geplant, mit der ADD weitere Gespräche zu führen mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine Genehmigung für die Erweiterung der Hauptfeuerwache zu erhalten und die Höhe des Zuschusses zu klären.

Für das Haushaltsjahr sind zunächst 165.000€ eingestellt für die weitergehenden Planungskosten und Vorbereitungsmaßnahmen, ehe es dann in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 an die Umsetzung des Projektes gehen soll.

Zur vorübergehenden Behebung der Raumnot bis zur Fertigstellung der Erweiterung der Hauptfeuerwache sollen acht Bürocontainer (pro Etage vier) angemietet und auf dem Gelände der Feuerwache im hinteren Bereich in Richtung ehemaliges Schlachthausgelände aufgestellt werden (Anlage 2). Dazu wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt. Der Bereich Planen und Bauen hat das Vorhaben als genehmigungsfähig angesehen.

Hierfür müssen drei PKW-Garagen, welche bislang als Lagerflächen dienten, abgerissen werden. Die Kosten für diese Maßnahme belaufen sich auf rund 250.000 € und werden im Haushalt 2025 bereitgestellt.

Zurzeit wird davon ausgegangen, dass die Erweiterung der Hauptfeuerwache in den nächsten fünf Jahren fertiggestellt wird, sodass während dieser Zeit Kosten für die Anmietung einer Büro Containeranlage auflaufen. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 250.000 €. Im Falle eines Kaufes der Container würden sich die Kosten auf rund 340.000 € belaufen.

Daher wird vorgeschlagen, die Bürocontainer für fünf Jahre anzumieten.

Für dieses Vorhaben sollen die Leistungsphasen 1-8 nach der HOAI nunmehr ausgeschrieben werden, wobei die Beauftragung stufenweise dann erfolgen soll. Die Verwaltung wird fortlaufend über die beiden Vorhaben die städtischen Gremien und die Öffentlichkeit informieren.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Dr. Nicolas Meyer
Oberbürgermeister